

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Paul Schäfer, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung

– Drucksachen 17/8166, 17/8393 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 2011 (2011) vom 12. Oktober 2011 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Praxis der gezielten Tötungen, also die absichtliche, vorsätzliche und bewusste Anwendung tödlicher Gewalt durch Staaten gegen bestimmte Personen außerhalb ihres Gewahrsams zu eliminieren, steht zu Recht in der internationalen Kritik. Der frühere UN-Sonderberichterstatter über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen, Philip Alston, stellte 2010 fest: Würden andere Staaten die von den USA beanspruchte weitgefaste Legitimation, Menschen überall und zu jeder Zeit töten zu dürfen, für sich beanspruchen, wäre Chaos das Ergebnis.

Gezielte Tötungen werden seitens der ISAF-Staaten in Afghanistan als Instrument der Kriegsführung genutzt. Regelmäßig wird im Zuständigkeitsbereich des Regionalkommandos Nord in Afghanistan Jagd auf mutmaßliche Aufständische und mutmaßliche Terroristen gemacht. Dabei müssen beteiligte Spezialeinheiten weder Rechenschaft darüber ablegen, welche Indizien und Beweise sie für diese Beschuldigung haben, noch darüber, wie sie genau vorgehen.

Deutschland beteiligt sich an der Planung, der Vorbereitung und mittelbar auch an der Durchführung von „gezielten Tötungen“. Gemeinsam mit anderen Staaten wird eine „Joint Priority Effects List“ erstellt, auf der die Personen aufgeführt werden, die entweder durch eine Zugriffsoperation oder durch tödlichen Waffeneinsatz unschädlich gemacht werden sollen. Zwar hat die Bundesregierung wiederholt betont, dass die von ihr vorgeschlagenen mutmaßlichen Aufständischen oder Terroristen nur festgenommen und nicht getötet werden sollen. Klar ist aber, dass diese Empfehlung für andere ISAF-Staaten nicht verbindlich ist und dass von dieser Empfehlung innerhalb der zuständigen Stelle bei ISAF abgewichen werden kann. Im Prinzip könnten damit auch deutsche Staatsbürger in Afghanistan, die als mutmaßliche Terroristen verdächtigt werden, ohne Gerichtsverfahren aufgrund von Aufklärungsergebnissen der Bundeswehr von US-amerikanischen Drohnen getötet werden. Darüber hinaus

unterstützt die Bundeswehr vor Ort die Praxis der gezielten Tötungen, indem u. a. Informationen über Zielpersonen weitergegeben werden, indem Aufklärungsunterstützung zur Feststellung des Aufenthaltsortes geleistet wird oder in Nordafghanistan der gesamte Einsatzraum für solche Operationen durch die Bundeswehr abgesichert wird. Außerdem werden mit der Stationierung von US-Drohnen des Typs Predator, also Drohnen, die für diese Anschläge in der Vergangenheit häufig eingesetzt worden sind, in Mazar-e-Sharif zusätzliche Kapazitäten für gezielte Tötungen im deutschen Zuständigkeitsbereich des Regionalkommandos Nord aufgebaut.

Diese Art der Kriegsführung konterkariert sämtliche Bemühungen, einen Friedensprozess in Gang zu bringen. Die gezielte Tötung von den Anführern der Aufständischen ermordet genau denjenigen Personenkreis, mit denen über die Beendigung des Krieges verhandelt werden müsste. Zudem tragen die Drohnen-Einsätze in Pakistan zur weiteren Destabilisierung der Region bei. Unabhängige Auswertungen dieser Spezialoperationen der letzten drei Jahre durch das Afghan Analyst Network im Oktober 2011 haben gezeigt, dass diese Vorgehensweise laut NATO-Pressemeldungen nur in 60 Prozent der Fälle überhaupt die Zielperson trifft und in der Regel darüberhinaus zu Verletzungen und zum Tod weiterer unschuldiger Menschen führt und damit wiederum zu einer Verstärkung der Unterstützung in der Bevölkerung für die Taliban.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die deutsche Beteiligung an der Erstellung der Joint-Priority-Effects-List sowie an dem gesamten Targeting-Prozess im Rahmen des ISAF-Einsatzes zu beenden und auch keine indirekten Unterstützungsleistungen für die Informationssammlung, Planung und Durchführung dieser Zugriffs- und Tötungsmissionen zu leisten;
2. sich in der NATO und insbesondere gegenüber den USA dafür einzusetzen, diese Form der Kriegsführung in Afghanistan zu beenden.

Berlin, den 24. Januar 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion